



Stellungnahme

des Verwaltungsrates der SCHMOLZ+BICKENBACH AG zum Gesuch um Feststellung des Nichtbestehens einer Angebotspflicht nach Art. 32 BEHG

mit Bezug auf eine Kapitalerhöhung zum Zweck der Tilgung eines Hybrid-Darlehens

Mit Gesuch vom 1. März 2011 ersuchten SCHMOLZ + BICKENBACH Holding AG, Wil/SG („**S+B Holding**“), SCHMOLZ + BICKENBACH Finanz AG, Wil/SG („**S+B Finanz**“), Schmolz + Bickenbach Beteiligungs GmbH, Deutschland („**S+B Beteiligungs GmbH**“), SCHMOLZ + BICKENBACH Stahlcenter AG, Wil/SG („**S+B Stahlcenter**“), S + B Beteiligungs GmbH & Co KG, Deutschland („**S+B Beteiligungs GmbH & Co KG**“), SCHMOLZ + BICKENBACH GmbH & Co KG, Deutschland (vormals SCHMOLZ + BICKENBACH KG) („**S+B GmbH & Co KG**“), Gebuka AG, Neuheim/ZG („**Gebuka**“) und Dr. Gerold Büttiker, Feldbach/ZH („**Dr. Gerold Büttiker**“) die Übernahmekommission im Hinblick auf die beabsichtigte Kapitalerhöhung der SCHMOLZ+BICKENBACH AG um Feststellung des Nichtbestehens einer Angebotspflicht nach Art. 61 UEV. Nach Art. 61 UEV hat der Verwaltungsrat der SCHMOLZ+BICKENBACH AG im Rahmen des Verfahrens zum Gesuch und zum Bestehen von etwaigen Interessenkonflikten Stellung zu nehmen. Der Verwaltungsrat der SCHMOLZ+ BICKENBACH AG nimmt hiermit wie folgt zum Gesuch Stellung:

1. Ausgangslage

Die SCHMOLZ+BICKENBACH AG (vormals Swiss Steel AG) ist eine Aktiengesellschaft mit Sitz in Emmen. Sie verfügt über ein Aktienkapital von CHF 367'500'000, eingeteilt in 105'000'000 Namenaktien zu je CHF 3.50 Nennwert, welche an der SIX Swiss Exchange („**SIX**“) kotiert sind (SIX: STLN).

Hauptaktionäre der SCHMOLZ+BICKENBACH AG sind die S+B Holding, mit 19.27%, die S+B Finanz mit 17.39%, die S+B Beteiligungs GmbH mit 2.87% und die Gebuka mit 5.20%. Die S+B Finanz und die S+B Holding werden beide zu 100% gehalten durch die S+B Stahlcenter, die wiederum zu 100% gehalten wird von der S+B Beteiligungs GmbH, gehalten zu 100% von der S+B Beteiligungs GmbH & Co KG, gehalten zu 100% von der S+B GmbH & Co KG. Gebuka wird zu 100% gehalten von Dr. Büttiker.

Am 23. Juni 2008 haben die S+B Holding sowie (damals) die SBGE Stahl Holding AG, Bronschhofen einen Aktionärbindungsvertrag abgeschlossen. Dieser Aktionärbindungsvertrag wurde nach der Übertragung sämtlicher von der SBGE Stahl Holding AG gehaltenen Aktien der SCHMOLZ+BICKENBACH AG auf die Gebuka infolge Vertragsübernahme von der Gebuka anstelle der SBGE Stahl Holding AG weitergeführt. Der Aktionärbindungsvertrag wurde mit einem Nachtrag vom 27. Oktober 2010 an die – aufgrund der am 8. November 2010 umgesetzten Kapitalerhöhung – veränderten Verhältnisse angepasst (der Aktionärbindungsvertrag zusammen mit diesem Nachtrag „**ABV**“).

Aufgrund des ABV bilden S+B GmbH & Co KG und Dr. Gerold Büttiker zusammen mit den von ihnen beherrschten Gesellschaften (S+B Holding, S+B Finanz, S+B Stahlcenter, S+B Beteiligungs GmbH, S+B Beteiligungs GmbH & Co KG, S+B GmbH & Co KG und Gebuka) eine Gruppe im Sinn von Art. 31 i.V.m. Art. 10 Abs. 1 BEHV-FINMA („**ABV-Gruppe**“), die mehr als 33 1/3% der Stimmrechte an der SCHMOLZ+BICKENBACH AG hält und diese damit kontrolliert. Diese Kontrolle über die SCHMOLZ+BICKENBACH AG wird aufgrund des bestehenden ABV von S+B GmbH & Co KG und Dr. Gerold Büttiker gemeinsam ausgeübt. Gemäss der Empfehlung der Übernahmekommission vom 15. Mai 2008 ist für den materiellen Weiterbestand der gemeinsamen Kontrolle durch S+B GmbH & Co KG und Dr. Gerold Büttiker vorauszusetzen, dass Dr. Gerold Büttiker (bzw. Gebuka) weiterhin eine Beteiligung von mindestens 2% der Stimmrechte an der SCHMOLZ+BICKENBACH AG hält.

Würde seine Beteiligung unter diese Schwelle absinken, wäre mangels Relevanz dieser Beteiligung nicht mehr gewährleistet, dass Dr. Gerold Büttiker weiterhin ein effektives Interesse an der (gemeinsamen) Kontrolle über die SCHMOLZ+BICKENBACH AG hat.

Der ABV erstreckt sich zwar nur auf 19.27% (S+B Holding) und 2% (Gebuka) der von S+B GmbH & Co KG bzw. Dr. Gerold Büttiker gehaltenen Aktien an der SCHMOLZ+BICKENBACH AG, gemäss Praxis der Übernahmekommission sind jedoch sämtliche der durch den Aktionärbindungsvertrag gebundenen Parteien der ABV-Gruppe zuzurechnen. Aufgrund dieser Praxis ist davon auszugehen, dass die ABV-Gruppe gegenwärtig 44.73% der Stimmrechte an der SCHMOLZ+BICKENBACH AG hält.

2. Geplante Transaktion

Die SCHMOLZ+BICKENBACH AG hat im Dezember 2008 ein hybrides Darlehen im Betrag von EUR 80 Mio. aufgenommen („Hybrid“). Der mit einem Nominalbetrag von EUR 80 Mio. ausgegebene Hybrid wurde in Höhe von EUR 70 Mio. durch die S+B Holding und in Höhe von EUR 10 Mio. durch die Gebuka gezeichnet. Der Hybrid ist nachrangig gegenüber sonstigen Verbindlichkeiten zu bedienen und wird deshalb in der konsolidierten Bilanz der SCHMOLZ+BICKENBACH AG unter dem Rechnungslegungsstandard IFRS als Eigenkapital ausgewiesen. Im handelsrechtlichen Abschluss nach Obligationenrecht wird der Hybrid als Fremdkapital ausgewiesen. Die Verzinsung des Hybrids beträgt aufgrund der zum Ausgabezeitpunkt immanenten Risiken 15%. Um diese Zinsbelastung künftig zu vermeiden und gleichzeitig die Finanzierungsstruktur der Gesellschaft zu vereinfachen, beabsichtigt der Verwaltungsrat, den Hybrid sowie die aufgelaufenen Zinsen vollständig zurückzubezahlen bzw. in Eigenkapital umzuwandeln. Die Gläubiger des Hybrids sind mit der nachstehend beschriebenen Rückzahlung bzw. Umwandlung einverstanden.

Für die vollständige Tilgung des Hybrids soll dieser und die darauf aufgelaufenen Zinsen zunächst in eine auf Schweizer Franken lautende Darlehensschuld („Hybrid-Forderung“) umgewandelt werden. In einem nächsten Schritt soll eine ordentliche Kapitalerhöhung durchgeführt werden. Dabei soll das Emissionsvolumen der Kapitalerhöhung möglichst dem Betrag der Hybrid-Forderung entsprechen. Die Bezugsrechte der bisherigen Aktionäre bleiben gewahrt. Alle bisherigen Aktionäre können folglich entsprechend ihrer bisherigen Beteiligung neue Aktien zeichnen und durch Bareinlage liberieren. Der Erlös dieser Barliberierung wird von der SCHMOLZ+BICKENBACH AG für die Rückzahlung der Hybrid-Forderung verwendet. Jene Bezugsrechte, die bis zum Ende der Zeichnungsfrist nicht ausgeübt werden, werden vom Verwaltungsrat nach Ablauf der Zeichnungsfrist ausschliesslich den Gläubigern der Hybrid-Forderung zugewiesen. Diese werden die entsprechenden Bezugsrechte ausüben und die gestützt darauf neu auszugebenden Aktien durch Verrechnung mit ihrer Hybrid-Forderung liberieren. Durch diese Verrechnungsliberierung wird der nicht durch die Barliberierung gedeckte Teil der Hybrid-Forderung direkt in Eigenkapital umgewandelt. Im Ergebnis wird die gesamte Hybrid-Forderung getilgt, und zwar entweder durch Rückzahlung mit Barmitteln aus der Kapitalerhöhung oder durch Verrechnung und Umwandlung in Eigenkapital.

Damit die Hybrid-Forderung in jedem Fall, unter dem Vorbehalt von Rundungsdifferenzen, vollständig getilgt werden kann, muss das Emissionsvolumen (= Anzahl neue Namenaktien multipliziert mit dem Bezugspreis) der Kapitalerhöhung mindestens dem Betrag der Hybrid-Forderung entsprechen. Der Betrag, um den der Nennwert des Aktienkapitals erhöht wird und die Anzahl der neu auszugebenden Aktien sind dabei abhängig vom Bezugspreis der Aktien und dem Bezugsverhältnis. Es ist beabsichtigt, dass der Verwaltungsrat am Tag vor der Generalversammlung, d.h. am 14. April 2011, aufgrund der in diesem Zeitpunkt vorliegenden Marktbedingungen die Ausgabebedingungen der ordentlichen Kapitalerhöhung (insb. den Bezugspreis, das Bezugsverhältnis sowie die Anzahl neuer Aktien) „at market“ festlegt und diese Ausgabebedingungen am Tag der Generalversammlung mittels Pressemitteilung veröffentlicht. Entsprechend diesen Ausgabebedingungen wird der Verwaltungsrat der Generalversammlung vom 15. April 2011 die Kapitalerhöhung zur Beschlussfassung unterbreiten.

3. Absichten der Aktionäre mit mehr als 3% Stimmrecht

Damit der Hybrid wie oben beschrieben durch Verrechnungsliberierung und Rückzahlung beseitigt werden kann, müssen neben der SCHMOLZ+BICKENBACH AG auch die Hybridgläubiger und die übrigen Hauptaktionäre die geplante Transaktion unterstützen. Diese Zusammenarbeit wird in einer Transaktionsvereinbarung vertraglich geregelt. Darin verpflichten sich die Hybridgläubiger unter anderem, im Umfang der nicht ausgeübten und daraufhin ihnen zugewiesenen Bezugsrechte Aktien zu zeichnen und durch Verrechnung mit der Hybrid-Forderung zu liberieren. Die Transaktionsvereinbarung enthält lediglich Verpflichtungen der Parteien, die für die Durchführung der Transaktion notwendig sind. Insbesondere enthält sie keine Absprachen im Hinblick auf die Ausübung des Stimmrechts mit Bezug auf die Aktien der SCHMOLZ+BICKENBACH AG, mit Ausnahme der Stimmabgabe betreffend die in Frage stehende Kapitalerhöhung selbst. Die Unterstützung der Transaktion durch die Hauptaktionäre erfolgt unter der Bedingung, dass die Übernahmekommission ihrem Gesuch entspricht und feststellt, dass die geplante Transaktion keine Angebotspflicht auslöst.

Ausser der S+B Holding, der S+B Finanz, der S+B Beteiligungs GmbH sowie der Gebuka sind der SCHMOLZ+BICKENBACH AG keine Aktionäre bekannt, die mehr als 3% der Stimmrechte halten.

4. Gesuch der Hauptaktionäre an die Übernahmekommission

Wie bereits festgehalten, hält die ABV-Gruppe gegenwärtig einen Stimmrechtsanteil von 44.73% an der SCHMOLZ+BICKENBACH AG. Da die Beteiligung der ABV-Gruppe bereits heute über dem übernahmerechtlichen Schwellenwert von 33 ⅓% liegt, kann die geplante Rückzahlung bzw. Umwandlung der Hybrid-Forderung in Eigenkapital im Rahmen der beschriebenen Transaktion nicht dazu führen, dass die ABV-Gruppe den genannten Schwellenwert überschreiten wird. Ein Unterschreiten des Schwellenwertes aufgrund einer allfälligen Verwässerung der ABV-Gruppe (falls diese ihre Bezugsrechte veräussern würde) würde keine Angebotspflicht auslösen.

Die Hauptaktionäre führen in ihrem Gesuch aus, dass auch einzelne Mitglieder der ABV-Gruppe im Rahmen der geplanten Transaktion den Schwellenwert nicht überschreiten können. Wie bereits festgehalten, hängt die Anzahl der in der geplanten Kapitalerhöhung neu auszugebenden Aktien von der Höhe des vom Verwaltungsrat am Tag vor der Generalversammlung festzulegenden Bezugspreises und vom Bezugsverhältnis ab. Die Hauptaktionäre zeigen in ihrem Gesuch auf, dass selbst dann kein Mitglied der ABV-Gruppe einzeln den Schwellenwert von 33 ⅓% überschreiten würde, wenn der Bezugspreis auf das Minimum (d.h. die Höhe des Nennwerts von CHF 3.50) festgesetzt würde und sämtliche neu auszugebenden Aktien der ABV-Gruppe zufielen. Die geplante Transaktion wird also nicht dazu führen, dass ein einzelnes Mitglied der ABV-Gruppe den Schwellenwert von 33 ⅓% überschreitet.

Eine Angebotspflicht entsteht auch, wenn es innerhalb einer beherrschenden Gruppe im Sinne von Art. 31 BEHV-FINMA zu wesentlichen Veränderungen kommt, welche eine Änderung der Kontrollverhältnisse zur Folge haben. Wie bereits festgehalten, wird die SCHMOLZ+BICKENBACH AG von der S+B GmbH & Co KG (durch die von ihr beherrschten Gesellschaften) und von Dr. Gerold Büttiker (durch die von ihm beherrschte Gebuka) gemeinsam kontrolliert. Diese gemeinsame Kontrolle beruht auf einem „de facto“-Vetorecht der beiden Parteien, das sich aus dem ABV ergibt und bleibt gemäss einer Empfehlung der Übernahmekommission so lange bestehen, wie Dr. Gerold Büttiker (bzw. Gebuka) eine Beteiligung von mindestens 2% der Stimmrechte an der SCHMOLZ+BICKENBACH AG hält. Die Hauptaktionäre zeigen in ihrem Gesuch auf, dass Gebuka, die gegenwärtig 5.20% der Aktien der SCHMOLZ+BICKENBACH AG hält, durch die geplante Transaktion nicht soweit verwässert werden kann, dass ihre Beteiligung unter 2% fallen würde. Folglich hat die geplante Transaktion keinen Einfluss auf die gemeinsame Kontrolle der SCHMOLZ+BICKENBACH AG durch die S+B GmbH & Co KG (durch die von ihr beherrschten Gesellschaften) und Dr. Gerold Büttiker (durch die von ihm beherrschte Gebuka).

5. Stellungnahme und Begründung

Der Verwaltungsrat der SCHMOLZ+BICKENBACH AG ist der Ansicht, dass das bei der Übernahmekommission am 1. März 2011 eingereichte Gesuch aus folgenden Gründen zu genehmigen ist:

1. Gemäss Art. 32 Abs. 1 BEHG muss derjenige, der direkt, indirekt oder in gemeinsamer Absprache mit Dritten Beteiligungspapiere erwirbt und damit zusammen mit den Papieren die er bereits besitzt den Grenzwert von $33\frac{1}{3}\%$ der Stimmrechte einer Zielgesellschaft, ob ausübbar oder nicht, überschreitet, ein Angebot unterbreiten für alle kotierten Beteiligungspapiere der Gesellschaft. Eine Angebotspflicht kann ausserdem auch durch eine Änderung der Kontrollverhältnisse innerhalb einer kontrollierenden Gruppe ausgelöst werden. Wie die Gesuchsteller in ihrem Gesuch darlegen, kann die geplante Transaktion zur Tilgung bzw. Umwandlung des Hybrids nicht zu einer Überschreitung des übernahmerechtlichen Schwellenwerts von $33\frac{1}{3}\%$ durch die ABV-Gruppe oder einzelne Mitglieder derselben führen, da die Beteiligung der ABV-Gruppe insgesamt bereits über dem Schwellenwert liegt und die einzelnen Mitglieder aufgrund der gegenwärtigen Beteiligungen, der Transaktionsstruktur und des Emissionsvolumens den Schwellenwert nicht überschreiten können. Ein allfälliges Unterschreiten des Schwellenwertes infolge Verwässerung würde ohnehin keine Angebotspflicht auslösen. Schliesslich kann die Transaktion auch keinen Kontrollwechsel innerhalb der ABV-Gruppe bewirken, da die für die gemeinsame Kontrolle massgeblichen Klauseln des ABV nicht auf die Höhe der Beteiligung der einzelnen Parteien abstellen und die aufgrund der Praxis der Übernahmekommission massgebliche Mindestbeteiligung der Gebuka von 2% angesichts des Emissionsvolumens nicht unterschritten werden kann.
2. Der Verwaltungsrat hat grossen Wert darauf gelegt, dass sich die geplante Beseitigung des Hybrids nicht nachteilig auf die Minderheitsaktionäre auswirkt. So wird es insbesondere keinen Bezugsrechtsausschluss geben und die Minderheitsaktionäre können dementsprechend eine Verwässerung ihrer Beteiligung durch Ausübung ihrer Bezugsrechte verhindern. Ferner konnte das Volumen der Kapitalerhöhung durch die gewählte Kombination von Verrechnungsliberierung und Barliberierung zwecks Rückzahlung möglichst klein gehalten werden, so dass die Verwässerung auch für jene Minderheitsaktionäre, die ihre Bezugsrechte nicht ausüben wollen, so gering wie möglich gehalten wurde. Schliesslich ist ein Bezugsrechtetehandel vorgesehen, so dass die an der Kapitalerhöhung nicht teilnehmenden Aktionäre einen allfälligen Wert ihrer Bezugsrechte realisieren können. An der gemeinsamen Kontrolle der SCHMOLZ+BICKENBACH AG durch die ABV-Gruppe wird die Transaktion, wie bereits dargelegt, nichts ändern, weshalb keine Angebotspflicht zum Schutz der Minderheitsaktionäre erforderlich ist.
3. Aus Sicht der SCHMOLZ+BICKENBACH AG liegt die Kapitalerhöhung primär in deren eigenem Interesse. Die Kapitalerhöhung wird mit dem Ziel durchgeführt, den Hybrid vollständig zu beseitigen. Als die SCHMOLZ+BICKENBACH AG den Hybrid im Dezember 2008 aufgenommen hat, befand sie sich finanziell in einer schwierigen Situation, da sich die Konditionen der Mittelbeschaffung auf dem Finanzmarkt massiv verschlechtert hatten. In dieser Situation sprangen die Hauptaktionäre ein. Mit der Gewährung des Hybrids schossen sie zusätzliche Mittel in die Gesellschaft ein und setzten auch ein Zeichen, dass sie an die Zukunft der SCHMOLZ+BICKENBACH AG glauben. In der Zwischenzeit hat sich die finanzielle Situation der SCHMOLZ+BICKENBACH AG wieder verbessert und der in Zeiten der Not aufgenommene Hybrid erscheint nicht mehr als adäquate Finanzierungsform. Bereits bei der Vorbereitung der Kapitalerhöhung vom November 2010 wurde der Hybrid – insbesondere auch von neu hinzugetretenen Investoren – zunehmend als „störend“ bezeichnet, da er einer klaren Kapitalstruktur entgegensteht und der SCHMOLZ+BICKENBACH AG aus heutiger Sicht eine relativ hohe Zinslast aufbürdet. Aufgrund der Komplexität der Transaktion konnte die Umwandlung des Hybrids nicht in die Kapitalerhöhung 2010 integriert werden. Allerdings wurde eine Umwandlung schon im Herbst 2010 in Betracht gezogen, weshalb bereits im Emissionsprospekt vom 28. Oktober 2010 explizit darauf hingewiesen worden war, dass die

SCHMOLZ+BICKENBACH AG die Möglichkeit prüfe, den Hybrid in Aktienkapital umzuwandeln. Diese Umwandlung soll nun im Interesse der Gesellschaft durchgeführt werden. Dadurch kann die gegenwärtige Kumulierung der Stellung als Aktionär und Gläubiger der Hauptaktionäre und Hybridgläubiger beseitigt werden, was zweifelsohne auch im Interesse der Minderheitsaktionäre ist.

4. Zusammenfassend ist der Verwaltungsrat der SCHMOLZ+BICKENBACH AG der Ansicht, dass die geplante Kapitalerhöhung weder zu einer Überschreitung von Schwellenwerten noch zu einem Kontrollwechsel innerhalb der Gruppe der Hauptaktionäre führt. Mit der Durchführung der Kapitalerhöhung und der Beseitigung des Hybrids kann sich die SCHMOLZ+BICKENBACH AG von der Zinsenlast des Hybrids befreien und dank der einfacheren Kapitalstruktur ihre Attraktivität am Finanzmarkt weiter stärken. Die geplante Transaktion ist folglich nicht nur für die SCHMOLZ+BICKENBACH AG, sondern mittelbar auch für deren Minderheitsaktionäre von grosser Bedeutung.
5. Der Verwaltungsrat unterstützt deshalb das Gesuch und ist der Ansicht, dass es ohne Auflagen und Bedingungen zu genehmigen ist.

6. Interessenkonflikte

Der Verwaltungsrat der SCHMOLZ+BICKENBACH AG setzt sich aus den folgenden acht Mitgliedern zusammen: (i) Michael Storm, Präsident, in Mönchengladbach; (ii) Dr. Hans-Peter Zehnder, Vizepräsident, in Meisterschwanden; (iii) Benedikt Niemeyer, Delegierter, in Düsseldorf; (iv) Manfred Breuer, in Essen; (v) Dr. Helmut Burmester, in Düsseldorf; (vi) Dr. Gerold Büttiker, in Feldbach/ZH; (vii) Benoît D. Ludwig, in Zug und (viii) Dr. Alexander von Trippelskirch, in Meerbusch. Die Herren Storm, Niemeyer, Dr. Burmester und Dr. von Trippelskirch sind Vertreter der SCHMOLZ+BICKENBACH Gruppe, Dr. Büttiker ist Vertreter und Alleinaktionär der Gebuka. Die Herren Dr. Zehnder, Breuer und Ludwig sind unabhängige Verwaltungsratsmitglieder, welche die Interessen der Minderheitsaktionäre vertreten. Die unabhängigen Mitglieder des Verwaltungsrates sind unabhängig, weil sie weder die Interessen der SCHMOLZ+BICKENBACH Gruppe noch diejenigen von Gebuka / Dr. Gerold Büttiker oder die zur Durchführung der Kapitalerhöhung involvierte Bank Vontobel AG vertreten und in keinem Abhängigkeitsverhältnis zu diesen Gruppen stehen:

- a) Dr. Zehnder ist hauptberuflich Mitglied der Konzernleitung der Zehnder Group. Zudem ist er Mitglied in weiteren Verwaltungsräten.
- b) Manfred Breuer ist leitender Mitarbeiter der Commerzbank AG, die in diese Transaktion nicht involviert ist.
- c) Benoît D. Ludwig ist Verwaltungsratspräsident des Beratungsunternehmens Ludwig Consulting AG. Vorgängig war er für McKinsey & Company tätig.

Die Herren Dr. Zehnder, Breuer und Ludwig sind ferner weder Organe noch Arbeitnehmer der Gesuchsteller (oder einer mit diesen im Rahmen der Kapitalerhöhung in gemeinsamer Absprache handelnden Person). Sie sind auch weder Organe noch Arbeitnehmer von Gesellschaften, welche über wesentliche Geschäftsbeziehungen zu den Gesuchstellern (oder zu einer mit diesen im Rahmen der Kapitalerhöhung in gemeinsamer Absprache handelnden Person) verfügen. Ferner stehen sie auch selber nicht in einer wesentlichen geschäftlichen Beziehung zu den Gesuchstellern (oder zu einer mit diesen im Rahmen der Kapitalerhöhung in gemeinsamer Absprache handelnden Person) oder haben sonst vertragliche Vereinbarungen oder andere Verbindungen mit den Gesuchstellern (oder mit einer mit diesen im Rahmen der Kapitalerhöhung in gemeinsamer Absprache handelnden Person), die im Zusammenhang mit der Kapitalerhöhung zu einem Interessenkonflikt führen könnten.

Zur Vermeidung von Interessenkonflikten sind die Vertreter der SCHMOLZ+BICKENBACH Gruppe im Verwaltungsrat sowie Herr Dr. Büttiker für die Behandlung und Beschlussfassung über diese Stellungnahme in den Ausstand getreten.

In der obersten Geschäftsleitung der SCHMOLZ+BICKENBACH AG sind die Herren Benedikt Niemeyer, in Düsseldorf (CEO), und Axel Euchner, in Düsseldorf (CFO), Vertreter der

SCHMOLZ+BICKENBACH Gruppe. Dr. Marcel Imhof, in Luzern, agiert als COO der SCHMOLZ+BICKENBACH AG. Er ist kein Vertreter der SCHMOLZ+BICKENBACH Gruppe.

Im Rahmen der Kapitalerhöhung wurden keine vertraglichen oder anderweitigen Verbindungen zwischen Mitgliedern des Verwaltungsrates bzw. der Geschäftsleitung und den Geschüstellern eingegangen. Der Verwaltungsrat der SCHMOLZ+BICKENBACH AG erfährt im Rahmen der geplanten Kapitalerhöhung keine Veränderungen. Die zahlenmässige Vertretung der Gruppenmitglieder bleibt unverändert erhalten.

7. Verfügung der Übernahmekommission

Mit Verfügung vom 14. März 2011 (publiziert auf www.takeover.ch) hat die Übernahmekommission wie folgt entschieden:

1. Es wird festgestellt, dass die im Gesuch umschriebene Umwandlung der Hybridanleihe in Aktienkapital mittels Kapitalerhöhung von SCHMOLZ+BICKENBACH AG keine Angebotspflicht für SCHMOLZ + BICKENBACH GmbH & Co KG, SCHMOLZ + BICKENBACH Finanz AG, SCHMOLZ + BICKENBACH Holding AG, Schmolz + Bickenbach Beteiligungs GmbH, S + B Beteiligungs GmbH & Co KG, SCHMOLZ + BICKENBACH Stahlcenter AG, Gebuka AG und Gerold Büttiker (alle zusammen die Gesuchsteller), weder einzeln, noch als Gruppe auslöst.
2. Die Gesuchsteller haben der Übernahmekommission nach Vollzug der Transaktion die dazumal bestehenden Beteiligungsverhältnisse mitzuteilen.
3. SCHMOLZ+BICKENBACH AG hat die Stellungnahme ihres Verwaltungsrats samt Dispositiv der vorliegenden Verfügung und Hinweis auf das Einspracherecht zu publizieren.
4. Diese Verfügung wird am Tag der Publikation der Stellungnahme des Verwaltungsrats von SCHMOLZ+BICKENBACH AG auf der Website der Übernahmekommission veröffentlicht.
5. Die Gebühr zu Lasten der Gesuchsteller beträgt CHF 30'000, unter solidarischer Haftung.

8. Einspracherecht

Ein Aktionär, welcher eine Beteiligung von mindestens 2% der Stimmrechte an der Zielgesellschaft, ob ausübbar oder nicht, nachweist (qualifizierter Aktionär i.S. von Art. 56 UEV) und am vorliegenden Verfahren bisher nicht beteiligt war, kann Einsprache gegen die Verfügung der Übernahmekommission erheben. Die Einsprache ist innerhalb von fünf Börsentagen nach der Veröffentlichung der Stellungnahme des Verwaltungsrats der Zielgesellschaft an die Übernahmekommission einzureichen (Selnaustrasse 30, Postfach, 8021 Zürich, counsel@takeover.ch, Fax: +41 58 499 22 91). Die Frist beginnt am ersten Börsentag nach der Veröffentlichung der Stellungnahme des Verwaltungsrats zu laufen. Die Einsprache muss einen Antrag und eine summarische Begründung sowie den Nachweis der Beteiligung gemäss Art. 56 Abs. 3 UEV enthalten.

Emmen, 17. März 2011

Für den Verwaltungsrat:

Manfred Breuer
Mitglied

Benoît D. Ludwig
Mitglied



Prise de position

du conseil d'administration de SCHMOLZ+BICKENBACH AG relative à la requête de constatation de l'absence d'obligation de présenter une offre selon l'art. 32 LBVM

concernant une augmentation de capital en vue du remboursement d'un emprunt hybride

Par requête du 1er mars 2011, SCHMOLZ + BICKENBACH Holding AG, Wil/SG ("**S+B Holding AG**"), SCHMOLZ + BICKENBACH Finanz AG, Wil/SG ("**S+B Finanz AG**"), Schmolz + Bickenbach Beteiligungs GmbH, Allemagne ("**S+B Beteiligungs GmbH**"), SCHMOLZ + BICKENBACH Stahlcenter AG, Wil/SG ("**S+B Stahlcenter**"), S + B Beteiligungs GmbH & Co KG, Allemagne ("**S+B Beteiligungs GmbH & Co KG**"), SCHMOLZ + BICKENBACH GmbH & Co KG, Allemagne (auparavant SCHMOLZ & BICKENBACH KG) ("**S+B GmbH & Co KG**"), Gebuka AG, Neuheim/ZG ("**Gebuka**") et le Dr. Gerold Büttiker, Feldbach/ZH, ("**Dr. Gerold Büttiker**") ont déposé auprès de la Commission des offres publiques d'acquisition ("COPA") une requête visant à constater l'absence d'une obligation de présenter une offre selon l'art. 61 OOPA, dans le cadre de l'augmentation de capital envisagée par SCHMOLZ+BICKENBACH AG. Selon l'art. 61 OOPA, le conseil d'administration de SCHMOLZ+BICKENBACH AG doit, dans le cadre de cette procédure, prendre position quant à la requête et quant à l'existence d'éventuels conflits d'intérêts. Par la présente, le conseil d'administration de SCHMOLZ+BICKENBACH AG prend, comme suit, position quant à la requête:

1. Situation Initiale

La société SCHMOLZ+BICKENBACH AG (anciennement Swiss Steel AG) est une société anonyme ayant son siège à Emmen. Elle dispose d'un capital-actions de CHF 367'500'000, divisé en 105'000'000 actions nominatives d'une valeur nominale de CHF 3.50 chacune, lesquelles sont cotées à la SIX Swiss Exchange ("**SIX**") (SIX: STLN).

Les principaux actionnaires de SCHMOLZ+BICKENBACH AG sont S+B Holding, avec 19.27%, S+B Finanz avec 17.39%, S+B Beteiligungs GmbH avec 2.87% et Gebuka avec 5.20%. Les sociétés S+B Finanz et S+B Holding sont toutes deux détenues à 100% par la société S+B Stahlcenter, qui est à son tour détenue à 100% par la société S+B Beteiligungs GmbH, détenue à 100% par la société S+B Beteiligungs GmbH & Co KG, détenue à 100% par la société S+B GmbH & Co KG. Gebuka est détenue à 100% par le Dr. Büttiker.

Le 23 juin 2008, la société S+B Holding ainsi que (autrefois) la société SBGE Stahl Holding AG, Bronschhofen ont conclu une convention d'actionnaires. Cette convention d'actionnaires fut reprise par Gebuka à la place de SBGE Stahl Holding AG à la suite d'une reprise de contrat, après le transfert à Gebuka de toutes les actions de SCHMOLZ+BICKENBACH AG détenues par SBGE Stahl Holding AG. La convention d'actionnaires a été modifiée par un addendum daté du 27 octobre 2010 – suite à l'augmentation de capital du 8 novembre 2010 – et adaptée aux nouvelles conditions (la convention d'actionnaires ensemble avec l'addendum: "**Convention d'Actionnaires**").

En raison de la Convention d'Actionnaires, S+B GmbH & Co KG et le Dr. Gerold Büttiker, ensemble avec les sociétés qu'ils contrôlent (S+B Holding, S+B Finanz, S+B Stahlcenter, S+B Beteiligungs GmbH, S+B Beteiligungs GmbH & Co KG, S+B GMBH & Co KG et Gebuka) constituent un groupe organisé au sens de l'art. 31 en lien avec l'art 10 al. 1 OBVM-Finma ("**Groupe Convention d'Actionnaires**"), lequel détient plus de 33 $\frac{1}{3}$ % des droits de vote au sein de SCHMOLZ+BICKENBACH AG et contrôle ainsi la société. Ce contrôle est exercé conjointement par S+B GmbH & Co KG et Dr. Gerold Büttiker en application de la Convention d'Actionnaires existante. Conformément à la recommandation de la COPA du 15 mai 2008, le maintien du contrôle conjoint par S+B GmbH & Co KG et le Dr. Gerold Büt-

tiker suppose que le Dr. Gerold Büttiker (respectivement Gebuka) détienne encore une participation d'au moins 2% des droits de vote au sein de SCHMOLZ+BICKENBACH AG. Si sa participation tombait en-dessous de ce seuil, il ne serait plus acquis que le Dr. Gerold Büttiker ait un intérêt effectif au contrôle (conjoint) de SCHMOLZ+BICKENBACH AG.

Même si la Convention d'Actionnaires ne porte que sur 19.27% (S+B Holding) et 2% (Gebuka) des actions détenues par S+B GmbH & Co KG, respectivement par le Dr. Gerold Büttiker au sein de SCHMOLZ+BICKENBACH AG, l'on doit cependant, conformément à la pratique de la COPA, prendre en compte les participations de l'ensemble des parties liées par convention d'actionnaires du Groupe Convention d'Actionnaires. Il découle de cette pratique que le Groupe Convention d'Actionnaires détient à ce jour 44.73% des droits de vote au sein de SCHMOLZ+BICKENBACH AG.

2. Transaction envisagée

En décembre 2008, SCHMOLZ+BICKENBACH AG a contracté un emprunt hybride d'un montant de EUR 80 Mio. ("**Hybride**"). D'un montant nominal de EUR 80 Mio., le prêt a été souscrit pour un montant de EUR 70 Mio. par S+B Holding et à hauteur de EUR 10 Mio. par Gebuka. L'Hybride est postposé par rapport aux autres engagements de la société et a été comptabilisé comme fonds propres dans le bilan consolidé de SCHMOLZ+BICKENBACH AG conformément aux règles comptables IFRS. Dans la clôture des comptes selon le droit des obligations, l'Hybride est comptabilisé comme étant des fonds étrangers. Le taux d'intérêts se monte à 15% compte tenu des risques inhérents au moment de l'émission. Afin d'éviter cette charge d'intérêts à l'avenir et de simplifier la structure de financement de la société, le conseil d'administration à l'intention de rembourser la totalité de l'Hybride ainsi que de ses intérêts courants, respectivement de convertir le tout en capital. Les créanciers de l'Hybride sont d'accord avec le remboursement décrit ci-dessous, respectivement avec sa conversion.

Pour une suppression complète de l'Hybride, celui-ci ainsi que ses intérêts courants doit d'abord être converti en un prêt libellé en francs suisses ("**Créance-Hybride**"). Dans une deuxième étape, une augmentation de capital ordinaire sera effectuée. Le volume de l'émission de l'augmentation de capital devra correspondre autant que possible au montant de la Créance-Hybride. Le droit de souscription préférentiel des actionnaires actuels est maintenu. Tous les actionnaires actuels peuvent ainsi souscrire proportionnellement à leur participation actuelle et libérer les actions souscrites en espèces. Le montant de la libération en espèces sera utilisé par SCHMOLZ+BICKENBACH AG pour rembourser la Créance-Hybride. Tout droit de souscription préférentiel qui ne sera pas exercé d'ici la fin de la période de souscription sera, après l'expiration de la période souscription, attribué par le conseil d'administration exclusivement aux créanciers de la Créance-Hybride. Ces derniers exerceront les droits de souscription préférentiels correspondant et libéreront les actions nouvellement émises par compensation de créances avec la Créance-Hybride. Par le biais de cette libération par compensation de créances, la partie de la Créance-Hybride qui ne sera pas couverte par la libération en espèces sera convertie directement en capital. Par conséquent, la totalité de la Créance-Hybride sera éteinte, soit par remboursement en espèces, soit par compensation de créances et conversion en capital.

Afin que la Créance-Hybride puisse dans tous les cas être totalement éteinte, sous réserve de différences d'arrondi, le volume d'émission de l'augmentation de capital (= nombre d'actions nominatives multiplié par le prix de souscription) devra couvrir au moins le montant de la Créance-Hybride. Le montant de l'augmentation de capital et le nombre d'actions devant être émises dépendent ainsi du prix de souscription des actions et des droits de souscription préférentiel. Il est prévu que le conseil d'administration établisse le jour avant l'assemblée générale, c'est-à-dire le 14 avril 2011, sur la base des conditions du marché, les conditions d'émission pour l'augmentation de capital ordinaire (notamment le prix de souscription, le rapport de souscription, ainsi que le nombre de nouvelles actions). Ces conditions seront publiées le jour de l'assemblée générale par communiqué de presse. Conformément à ces conditions d'émission, le conseil d'administration soumettra l'augmentation de capital pour décision à l'assemblée générale du 15 avril 2011.

3. Intentions des actionnaires ayant plus de 3% des droits de vote

Afin que l'Hybride puisse être supprimé comme décrit ci-dessus par compensation de créances et remboursement, les créanciers de l'Hybride et les actionnaires principaux, en plus de SCHMOLZ+BICKENBACH AG, doivent soutenir l'opération envisagée. Cette coopération est réglée dans un accord de transaction séparé. Les créanciers de l'Hybride s'obligent entre autres, en relation avec les droits de souscription préférentiels non exercés qui leur sont attribués, à souscrire les actions et à les libérer par compensation de créances avec la Créance-Hybride. Ledit accord de transaction contient uniquement les obligations des parties qui sont nécessaires à la mise en œuvre de la transaction. Elle ne contient notamment aucun accord sur l'exercice des droits de vote au sein de SCHMOLZ+BICKENBACH AG à l'exception du vote sur l'augmentation du capital en question. Le soutien de l'opération par les actionnaires principaux est soumis à la condition que la COPA agrée à leur requête et constate que l'opération envisagée n'entraîne aucune obligation de présenter une offre.

En dehors de S+B Holding, S+B Finanz, S+B Beteiligungs GmbH et de Gebuka, il n'y a pas d'autres actionnaires connus détenant plus de 3% des droits de vote au sein de SCHMOLZ+BICKENBACH AG.

4. Requête des actionnaires principaux à la Commission des offres publiques d'acquisition

Comme mentionné ci-dessus, le Groupe Convention d'Actionnaires détient actuellement 44.73% des droits de vote au sein de SCHMOLZ+BICKENBACH AG. Puisque la participation du Groupe Convention d'Actionnaires dépasse d'ores et déjà le seuil de 33⅓%, le remboursement respectivement la conversion de la Créance-Hybride en fonds propres dans le cadre de la présente transaction ne saurait conduire au franchissement de ce seuil par le Groupe Convention d'Actionnaires. Une éventuelle diminution en-dessous du seuil suite à la dilution des participations du Groupe Convention d'Actionnaires (dans le cas où ils alièneraient leurs droits de souscription préférentiels) ne donnerait lieu à aucune obligation de présenter une offre.

Les principaux actionnaires exposent dans leur requête que dans le cadre de la présente transaction, ledit seuil ne peut également pas être franchi individuellement par les membres du Groupe Convention d'Actionnaires. Comme expliqué, le nombre d'actions devant être émises dans le cadre de la présente transaction dépendra du prix de souscription et du rapport de souscription déterminés par le conseil d'administration le jour avant l'assemblée générale. Les actionnaires principaux démontrent dans leur requête qu'aucun des membres du Groupe Convention d'Actionnaires pris séparément ne franchirait le seuil des 33⅓%, même si le prix de souscription était fixé au minimum (soit à la valeur nominale de CHF 3.50) et que toutes les actions devant être émises étaient dévolues au Groupe Convention d'Actionnaires. L'opération envisagée ne conduira ainsi pas à ce qu'un seul membre du Groupe Convention d'Actionnaires franchisse le seuil de 33⅓%.

Une obligation de présenter une offre existe également lorsqu'il y a des changements importants au sein d'un groupe dominant au sens de l'art. 31 OBVM-FINMA, ayant pour conséquence un changement de contrôle. Comme mentionné ci-dessus, SCHMOLZ+BICKENBACH AG est conjointement contrôlée par S+B GmbH & Co KG (au travers des sociétés qu'elle détient) et par le Dr. Gerold Büttiker (par le contrôle de Gebuka). Ce contrôle conjoint se fonde sur un droit de veto de fait des deux parties résultant de la Convention d'Actionnaire et demeure en force, conformément à une recommandation de la COPA, aussi longtemps que le Dr. Gerold Büttiker (respectivement Gebuka) détient une participation d'au moins 2% des droits de vote au sein de SCHMOLZ+BICKENBACH AG. Les principaux actionnaires démontrent dans leur requête que Gebuka détient actuellement 5.20% des actions de SCHMOLZ+BICKENBACH AG et que suite à l'opération envisagée, cette participation ne peut être diluée en-dessous de 2%. Par conséquent, la transaction envisagée ne porte pas atteinte au contrôle conjoint de SCHMOLZ+BICKENBACH AG par

S+B GmbH & Co KG (au travers des sociétés qu'elle détient) et par le Dr. Gerold Büttiker (par le contrôle de Gebuka).

5. Prise de position et motifs

Le conseil d'administration de SCHMOLZ+BICKENBACH AG estime que la requête déposée le 1er mars 2011 auprès de la COPA doit être approuvée pour les raisons suivantes:

1. Conformément à l'art. 32 al. 1 LBVM, quiconque, directement, indirectement ou de concert avec des tiers acquiert des titres qui, ajoutés à ceux qu'il détient, lui permettent de dépasser le seuil de 33 $\frac{1}{3}$ % des droits de vote de la société visée, qu'il soit habilité à en faire usage ou non, doit présenter une offre portant sur tous les titres cotés de cette société. Une telle obligation de présenter une offre peut également être déclenchée par un changement de contrôle au sein d'un groupe ayant le contrôle sur ladite société. Tel que démontré par le requérant dans sa requête, l'opération envisagée, à savoir l'extinction respectivement la conversion de l'Hybride ne conduit pas au franchissement du seuil de 33 $\frac{1}{3}$ % par le Groupe Convention d'Actionnaires ou de l'un de ses membres individuellement, étant donné que la participation du Groupe Convention d'Actionnaires se trouve déjà au-dessus du seuil et que ses membres individuellement ne peuvent franchir ce seuil du fait de leur participation actuelle, de la structure de la transaction et du volume d'émission. Une éventuelle diminution en-dessous du seuil suite à une dilution ne créerait dans tous les cas aucune obligation de présenter une offre. Enfin, la transaction ne peut engendrer aucun changement de contrôle au sein du Groupe Convention d'Actionnaires puisque les clauses de la Convention d'Actionnaires relatives au contrôle conjoint ne se basent pas sur le pourcentage des participations des membres individuels et que, selon la pratique de la COPA, la participation minimum de Gebuka ne pourra pas passer en-dessous du seuil de 2% eu égard au volume d'émission.
2. Le conseil d'administration a accordé une grande importance à ce que la suppression de l'Hybride ne se fasse pas au détriment des actionnaires minoritaires. En particulier, il n'y aura pas de suppression des droits de souscription préférentiels, de sorte que les actionnaires minoritaires pourront éviter que leur participation soit diluée en exerçant leur droit de souscription préférentiel. En outre, le volume de l'augmentation du capital, de par la combinaison de la libération par compensation de créances et la libération en espèces afin de remboursement, pourra être maintenu aussi bas que possible afin que la dilution de chaque actionnaire minoritaire qui ne souhaiterait pas exercer son droit de souscription préférentiel soit aussi faible que possible. Enfin, il est prévu une vente des droits de souscription préférentiels afin que les actionnaires qui ne prennent pas part à l'augmentation de capital puissent tirer profit de leur droit de souscription préférentiel. Comme indiqué ci-dessus, la transaction ne changera rien en ce qui concerne le contrôle de SCHMOLZ+BICKENBACH AG exercé conjointement par le Groupe Convention d'Actionnaires, raison pour laquelle une obligation de présenter une offre pour protéger les actionnaires minoritaires n'est pas requise.
3. Du point de vue de SCHMOLZ+BICKENBACH AG, l'augmentation de capital a lieu avant tout dans son propre intérêt. L'augmentation de capital a pour but de supprimer totalement l'Hybride. Lorsque SCHMOLZ+BICKENBACH AG avait contracté l'Hybride en décembre 2008, elle se trouvait dans une situation financière difficile, car les conditions de l'octroi de crédit s'étaient détériorées de manière spectaculaire. C'est dans cette situation que sont intervenus les principaux actionnaires. Avec l'octroi de l'Hybride, ils ont pu injecter des moyens supplémentaires dans la société et démontrer qu'ils croyaient en l'avenir de SCHMOLZ+BICKENBACH AG. Dans l'intervalle, la situation de SCHMOLZ+BICKENBACH AG s'est améliorée et l'Hybride contracté à une époque délicate ne semble plus être une forme de financement appropriée. Déjà lors de la préparation de l'augmentation de capital de novembre 2010, l'Hybride était – en particulier du point de vue des nouveaux investisseurs – décrit comme "dérangeant", puisqu'il va à l'encontre d'une structure de ca-

pital claire et qu'il grève SCHMOLZ+BICKENBACH AG d'un point de vue actuel d'intérêts relativement élevés. En raison du niveau de complexité de la transaction, la conversion de l'Hybride n'a pas pu être intégrée à l'augmentation du capital de 2010. Toutefois, une conversion a déjà été considérée en automne 2010, de sorte que le prospectus d'émission du 28 octobre 2010 exposait explicitement le fait que SCHMOLZ+BICKENBACH AG examinait la possibilité de convertir l'Hybride en capital-actions. Cette conversion est maintenant mise en œuvre dans l'intérêt de la société. Cela permet d'éliminer le cumul des positions actuellement existantes d'actionnaire, de créancier des actionnaires principaux et de créanciers hybrides, ce qui est également, à n'en pas douter, dans l'intérêt des actionnaires minoritaires.

4. En résumé, le conseil d'administration de SCHMOLZ+BICKENBACH AG estime que l'augmentation de capital ne conduit ni à un franchissement des valeurs seuil, ni à un changement de contrôle au sein du groupe des actionnaires principaux. De par la réalisation de l'augmentation de capital et la suppression de l'Hybride, SCHMOLZ+BICKENBACH AG peut se libérer des intérêts de l'Hybride et renforcer son attractivité sur les marchés financiers grâce à sa structure de capital simplifiée. L'exécution de l'augmentation de capital n'est ainsi pas seulement d'une importance primordiale pour la société SCHMOLZ+BICKENBACH AG, mais l'est également indirectement pour ses actionnaires minoritaires.
5. C'est pourquoi, le conseil d'administration soutient la requête et estime que celle-ci doit être approuvée sans restrictions ni conditions.

6. Conflits d'intérêts

Le conseil d'administration de SCHMOLZ+BICKENBACH AG se compose des huit membres suivants: (i) Michael Storm, président, à Mönchengladbach; (ii) Dr. Hans-Peter Zehnder, vice-président, à Meisterschwanden; (iii) Benedikt Niemeyer, délégué, à Düsseldorf; (iv) Manfred Breuer, à Essen; (v) Dr. Helmut Burmester, à Düsseldorf; (vi) Dr. Gerold Büttiker, à Feldbach/ZH; (vii) Benoît D. Ludwig, à Zug et (viii) Dr. Alexander von Trippelskirch, à Meerbusch. Messieurs Storm, Niemeyer, le Dr. Burmester et le Dr. von Trippelskirch sont représentants du groupe SCHMOLZ+BICKENBACH, le Dr. Büttiker est représentant et actionnaire unique de Gebuka. Messieurs Dr. Zehnder, Breuer et Ludwig sont des membres du conseil d'administration indépendants et représentent les intérêts des actionnaires minoritaires. Les membres indépendants du conseil d'administration sont indépendants parce qu'ils ne représentent ni les intérêts du groupe SCHMOLZ+BICKENBACH ni ceux de Gebuka / du Dr. Büttiker ou de la Banque Vontobel AG impliquée dans l'augmentation du capital et parce qu'ils ne se trouvent pas dans un rapport de dépendance envers ces groupes:

- a) Le Dr. Zehnder travaille à plein-temps comme membre de la direction du groupe de sociétés Zehnder Group. Il est également membre d'autres conseils d'administration.
- b) Manfred Breuer est cadre dirigeant de la Commerzbank AG, laquelle n'est pas impliquée dans la présente transaction.
- c) Benoît D. Ludwig est le président du conseil d'administration de l'entreprise de consultants Ludwig Consulting AG. Auparavant, il travaillait pour McKinsey & Company.

En outre, Messieurs Dr. Zehnder, Breuer et Ludwig ne sont ni des organes, ni des employés des requérants (ou d'une personne agissant avec eux de concert dans le cadre de l'augmentation de capital). De plus, ils ne sont ni des organes, ni des employés de sociétés ayant d'importantes relations d'affaires avec les requérants (ou avec une personne agissant avec eux de concert dans le cadre de l'augmentation de capital). Enfin, ils n'ont eux-mêmes ni de relations d'affaires importantes avec les requérants (ou avec une personne agissant avec eux de concert dans le cadre de l'augmentation de capital) ni d'autres conventions contractuelles ou autres relations avec les requérants (ou avec une personne agissant avec eux de concert dans le cadre de l'augmentation de capital) et qui pourraient conduire à un conflit d'intérêt en relation avec l'augmentation de capital.

Afin d'éviter tout conflit d'intérêt, les représentants du groupe SCHMOLZ+BICKENBACH dans le conseil d'administration ainsi que le Dr. Büttiker se sont récusés pour l'examen et la décision concernant cette prise de position.

Au sein de la haute direction de SCHMOLZ+BICKENBACH AG, Messieurs Benedikt Niemeyer, à Düsseldorf (CEO), et Axel Euchner, à Düsseldorf (CFO), sont représentants du groupe SCHMOLZ+BICKENBACH. Le Dr. Marcel Imhof, à Lucerne, agit en tant que COO de SCHMOLZ+BICKENBACH AG. Il n'est pas un représentant du groupe SCHMOLZ+BICKENBACH.

Dans le cadre de l'augmentation de capital, aucune relation contractuelle ou tout autre type de relations n'a été créée entre les membres du conseil d'administration, respectivement de la direction, et les requérants. Le conseil d'administration de SCHMOLZ+BICKENBACH AG ne subit aucun changement dans le cadre de l'augmentation de capital envisagée. La représentation numérique des membres du groupe demeure inchangée.

7. Décision de la Commission des offres publiques d'acquisition

Par décision du 14 mars 2011 (publiée sur www.takeover.ch), la COPA a décidé ce qui suit:

1. Il est constaté que la conversion du prêt hybride en capital-actions tel que décrit dans la requête moyennant une augmentation du capital de SCHMOLZ+BICKENBACH AG n'engendre aucune obligation de présenter une offre pour SCHMOLZ + BICKENBACH GmbH & Co KG, SCHMOLZ + BICKENBACH Finanz AG, SCHMOLZ + BICKENBACH Holding AG, Schmolz + Bickenbach Beteiligungs GmbH, S + B Beteiligungs GmbH & Co KG, SCHMOLZ + BICKENBACH Stahlcenter AG, Gebuka AG et Gerold Büttiker (ensemble, les requérants), que ce soit à titre individuel ou en tant que groupe.
2. Les requérants doivent communiquer à la Commission des offres publiques d'acquisition les rapports de participation existants après l'exécution de la transaction.
3. SCHMOLZ+BICKENBACH AG doit publier la prise de position de son conseil d'administration ainsi que le dispositif de la présente décision avec mention du droit d'opposition.
4. Cette décision sera publiée le jour de la publication de la prise de position du conseil d'administration de SCHMOLZ+BICKENBACH AG sur le site internet de la Commission des offres publiques d'acquisition.
5. L'émolument à charge des requérants est fixé à CHF 30'000, lesquels en sont solidairement responsables.

8. Droit d'opposition

Une ou un actionnaire qui prouve détenir une participation d'au moins 2% des droits de vote, exerçables ou non, de la société visée (une ou un actionnaire qualifié(e) au sens de l'art. 56 OOPA) et qui n'a pas participé jusqu'ici à la présente procédure, peut faire opposition contre la décision de la Commission des offres publiques d'acquisition. L'opposition doit être déposée auprès de la Commission des offres publiques d'acquisition (Selnaustrasse 30, Case postale, 8021 Zurich, counsel@takeover.ch, Fax: + 41 58 499 22 91) dans les cinq jours de bourse qui suivent la publication de la prise de position du conseil d'administration de la société visée. Le délai commence à courir le premier jour de bourse après la publication de la prise de position du conseil d'administration. L'opposition doit contenir des conclusions et des motifs sommaires ainsi que la preuve de la participation conformément à l'art. 56 al. 3 OOPA.

Emmen, 17 mars 2011

Pour le conseil d'administration:

Manfred Breuer
Membre

Benoît D. Ludwig
Membre